Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 2,50 M., monatlich 1,00 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2,50 M., monatlich 0,90 M. Durch die Post vierteljährlich 2,60 Mk., monatlich 1,00 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 75 Pfg., auswärts 80 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen: Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist entfällt der Rabatt und tritt der Grundpreis von 60 bezw. 80 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 101 | Freitag, den 30. April 1920. | 38. Jahrgang

Bezugspreis von „**Nachrichten und Tageblatt**" und „**Herischdorfer Tageblatt**" mit **drei** Beilagen:

vierteljährlich durch Boten ins Haus	6,50	Mk.
monatlich „ „ „ „	2,20	Mk.
vierteljährlich in den Zeitungsausgabestellen Herischd.	6,—	Mk
monatlich „ „ „ „	2,—	Mk
vierteljährlich beim Abholen in der Geschäftsst.	5,50	Mk.
monatlich „ „ „ „ „	1,85	Mk.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichsrat lehnte die von der Nationalversammlung mit geringer Mehrheit beschlossene Postgebührenvorlage wegen des darin aufgenommenen Frankaturzwanges für die Landesbehörden ab.

* Nach Meldung aus San Remo hat der Oberste Rat beschlossen, der deutschen Regierung alle nötigen Beweise für die Aburteilung der Beschuldigten zu übermitteln.

* Zum Kommandeur der neugebildeten Brigade „Döberitz" wurde der frühere preußische Kriegsminister General Reinhardt ernannt.

* Abg. v. Kardorff hat infolge seines Übertritts von der Deutschnationalen zur Deutschen Volkspartei sein Mandat zur Preußischen Landesversammlung niedergelegt.

* In Belgrad kam es zu schweren Straßenkämpfen, wobei es Hunderte von Toten gab.

Tohuwabohu.

Zwischen Reichsrat und Nationalversammlung ist nicht alles so wie es sein sollte. Schon manchmal wetterleuchtete es bedenklich hinüber und herüber. Kein Wunder, wir leben ja in Zeiten ständiger Erregung, die Gesetzgebungsmaschine arbeitet mit einer Fieberhaftigkeit, die wahrlich kein Zeichen gesunder Zustände ist, und die Verfassungsbestimmungen, da für beide Häuser gegeben worden sind, haben sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestehens noch nicht genügend einspielen können, um ein völlig reibungsloses Zusammenarbeiten der Länder- und der Volksvertreter zu gewährleisten. Bis jetzt hat der Reichsrat schließlich immer die Rolle des klügeren Teils vorgezogen — und nachgegeben; wenn auch gegen seine bessere Überzeugung, wie in seiner öffentlichen Dienstagsitzung ausdrücklich festgestellt wurde. Plötzlich aber hat er sich auf die Hinterbeine gesetzt. Und wie immer in solchen Fällen, nicht etwa in einer großen, schicksalsschweren Frage, sondern um einer Angelegenheit willen, in der man es zu allerletzt von ihm erwartet hätte.

Es handelt sich um die Vorlage des Reichspostministers wegen Erhöhung der Gebühren und Portosätze ab 1. Mai. Die Nationalversammlung hat Herrn Giesberts bekanntlich alle Wünsche erfüllt; auch in den sauren Apfel der Zwangsbesteuerung aller Fernsprechteilnehmer hat sie gebissen, so schmerzhaft dieser Entschluß ihr gefallen sein mag. In ihrem Eifer, den mehr als notleidenden Reichsfinanzen nach Möglichkeit aufzuhelfen, ging sie indessen in einem Punkte sogar noch über die Vorschläge der Regierung hinaus, indem sie festlegte, daß künftig auch die sogenannten portopflichtigen Dienstsachen, für die das Porto bisher beim Empfänger erhoben wurde, vom Absender freigemacht werden müsse. In der Nationalversammlung hat dieser Beschluß nicht die geringsten Schwierigkeiten gemacht, von irgendwelchem Widerspruch maßgeblicher Instanzen hat man nichts vernommen. Und wenn man hört, daß die Post für jede nachträgliche Einziehung des Portos eine Arbeitsleistung von einer halben Stunde berechnet — Kostenpunkt fünf Mark! —, so kann man wohl den Wunsch begreifen, daß mit dieser unhaltbaren Einrichtung endlich aufgeräumt wird. Der Reichsrat hat aber mit einer Mehrheit von 38 Stimmen, nach heftigen Verwahrungen der preußischen, bayerischen und sächsischen Vertreter, beschlossen, gegen die Entscheidung der Nationalversammlung ganz formellen Einspruch zu erheben, was zur verfassungsmäßigen Folge hat, daß die Vorlage zu abermaliger Beschlußfassung an die Nationalversammlung zurückgehen muß. Nur wenn diese mit Zweidrittelmehrheit auf ihrem Willen beharrt, hat der Reichsrat das Nachsehen. Herr Giesberts ist aber seiner Sache nichts weniger als sicher. Händeringend beschwor er den Reichsrat, von seinem Widerspruch abzulassen. Denn einmal könne die Vorlage nun nicht mehr am 1. Mai in Kraft treten, was einen täglichen Einnahmeausfall von vier Millionen bedeute. Dann aber: wer bürgt ihm dafür, daß die Zweidrittelmehrheit sich in der Nationalversammlung zusammenfinde und daß also, wenn dies nicht geschehe, die ganze Vorlage nicht ins Wasser falle? Einige vierzig Stimmen habe die ganze Mehrheit bei der Schlußabstimmung betragen; ein Trauerspiel war es, klagte der Postmeister, wie sich alles vor dieser unangenehmen Geschichte gedrückt habe, wie die demokratischen Abgeordneten alle dagegen stimmten. Und nun sollten, in dem heutigen Stadium der Erregung, die Fraktionen so bearbeitet werden, daß sie ihren Beschluß abänderten. Das sei politisch nicht ratsam. Am liebsten hätte er den Streitfall auf dem Verordnungswege erledigt. Doch der Reichsrat blieb diesmal unerbittlich. Die Sache muß also zurück an die Nationalversammlung, trotzdem Herr Giesberts zum Schluß erklärte, daß er die Verantwortung dafür nicht übernehme.

Ein übler Zustand. Die Nationalversammlung mußte sich vom Reichsrat nachsagen lassen, daß sie sich der Konsequenzen ihrer Beschlüsse nicht bewußt sei, daß sie, ohne die Länder zu fragen und zu hören, über deren Interessen einfach hinweg gegangen sei, statt sich gerade in einem schwierigen Augenblick das, was sie beschließe, doppelt und dreifach zu überlegen. Vielleicht wird sie, da es sich ja hier um eine reine Verwaltungsfrage ohne jeden politischen Charakter handelt, nun ihrerseits nachgeben und einmal fünf gerade sein lassen; an dieser Meinungsverschiedenheit das Gesetz scheitern zu lassen, wenn man es sonst für unvermeidlich hält, wäre ja wohl auch kaum zu verantworten. Aber zwischen hüben und drüben herrscht, wie gesagt, schon seit langem ein gewisser Reizzustand, und Rücksichten der Prestige pflegen hier ebenso eine Rolle zu spielen wie in den Beziehungen anderer Großmächte untereinander. Da kann zum Schluß noch leicht ein richtiger Klumpatsch herauskommen. Herr Giesberts, der Vater des Bielefelder Abkommens, muß wieder einmal schwierigste Vermittlerarbeit leisten, delikateste Ausgleichspolitik. Minister sind heutzutage weniger als je auf Rosen gebettet.

Nachklänge zu San Remo.

Nittis Sieg!

Die französische Presse bemüht sich, das Ergebnis von San Remo als einen persönlichen Erfolg Millerands darzustellen. Bei näherer Betrachtung erscheint Millerand indessen zweiter Sieger hinter dem versöhnlichen italienischen Ministerpräsidenten Nitti zu sein. Der Ton der von San Remo an Deutschland gerichteten Erklärung der Konferenz ist zwar grob wie immer, also nach französischem Rezept angefertigt, indessen erklärt Lloyd George zu gleicher Zeit, die Alliierten würden bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Spaa die deutschen Vertreter als gleichberechtigt behandeln. Ein italienischer Diplomat bezeichnete die Konferenz als einen großen Sieg der neuen Politik Nittis. Und dieser letztere hat recht, denn gerade Nitti war es, der, schon getrieben durch die inneritalienischen Verhältnisse, von vornherein forderte, daß man nun endlich Deutschland als gleichberechtigten Verhandlungsgegner betrachten und entsprechend behandeln müsse. Sonst käme man in aller Ewigkeit zu keinem Friedenszustand. Lloyd George sekundierte und Millerand mußte sich bequemen. Die Umdeutungsversuche der Pariser Presse werden daran nichts ändern.

*

Lügen über die Stärke der Reichswehr.

Durch die ausländische Presse gehen zurzeit wieder falsche Zahlenangaben über die Kopfstärke des deutschen Heeres. Von amtlicher Seite wird dazu mitgeteilt:

Am 5. Februar betrug die Gesamtstärke der Reichswehr 254 234 Köpfe. — Der Stand im März konnte wegen der Unruhen nicht vollständig ermittelt werden. Nach allen vorliegenden Meldungen ist jedoch die Zahl der Reichswehrtruppen andauernd gesunken. Wenn auch zunächst keine endgültigen Ziffern angegeben werden können, so muß nach dem bisher gewonnenen Überblick die Stärke der Reichswehr Anfang April auf nicht mehr als 200 000 Mann geschätzt werden. Diese Zahl sollte aber erst Mitte Mai erreicht sein.

*

Der Internationale Gerichtshof.

Kürzlich hat im Haag auf Initiative der holländischen Regierung unter Teilnahme der Schweiz und der skandinavischen Staaten eine Konferenz stattgefunden, die einen gemeinsamen Entwurf für den im Artikel 14 des Völkerbundvertrages vorgesehenen internationalen Gerichtshof ausgearbeitet hat. Der „Entwurf, der bisher geheimgehalten worden ist", wurde nunmehr der Öffentlichkeit unterbreitet. Der Gerichtshof soll aus 15 Richtern und aus 6 Stellvertretern zusammengesetzt sein, die von der Delegiertenversammlung des Völkerbundes gewählt werden. Man glaubt auf diese Weise das Prinzip der Staatengleichheit am besten zu wahren. Der Gerichtshof soll nicht nur den Mitgliedern des Völkerbundes, sondern auch allen andern Staaten zugängig sein. Er soll nur über Konflikte zwischen Staaten urteilen und für bestimmte Fragen rechtlicher Natur obligatorisch sein.

Brigade „Döberitz".

Kommandeur General Reinhardt.

Amtlich wird gemeldet:

Mit der Leitung der in Döberitz aus Formationen aller Wehrkreise zu bildenden Brigade ist General Reinhardt beauftragt worden.

Wie erinnerlich — heißt es weiter in der amtlichen Erklärung — hatte der Reichspräsident das beim Rücktritt des Reichswehrministers Noske von dem früheren Chef der Heeresleitung eingereichte Abschiedsgesuch nicht genehmigt und General Reinhardt gebeten, sich dem neuen Reichswehrminister zu besonderer Verwendung zur Verfügung zu stellen. In dieser Stellung hat General Reinhardt während der letzten Wochen im Auftrage des Ministers Geßler zahlreiche Truppen im Osten und Westen besichtigt und wird sich nun in nächster Zeit vor allem der Ausbildung der Brigade Döberitz widmen. Sie soll zu einer vorbildlichen Wehrtruppe gestaltet werden, die im Rahmen der Reichswehr als Reserve der Heeresleitung eine wertvolle Verstärkung des Rückhalts der verfassungsmäßigen Reichsregierung sein wird. Als Inspekteur dieser Wehrbrigade wird General Reinhardt dem Chef der Heeresleitung unmittelbar unterstehen, im übrigen aber zur besonderen Verfügung des Reichswehrministeriums bleiben. Es entspricht dem Wunsche des Generals nach seiner Tätigkeit im Reichswehrministerium, sich der praktischen Arbeit bei der Ausbildung und Erziehung einer Lehrtruppe aller Waffen widmen zu können und dadurch weiter an der zeitgemäßen Vervollkommnung der ganzen Reichswehr mitzuarbeiten, deren Organisation er seinerzeit als preußischer Kriegsminister geschaffen hat.

Die Sicherheit im Ruhrrevier.

Scheinbare Ruhe.

Eine aus den Mehrheitsparteien bestehende parlamentarische Untersuchungskommission hat in Düsseldorf, Elberfeld, Barmen und Remscheid eingehende Besprechungen abgehalten. Nach dem von dem Ausschuß erstatteten Bericht arbeiten zurzeit zwar die politischen Behörden formell wieder unbehelligt, doch ergibt sich noch immer ein gewisser Druck, besonders in Remscheid, wo Unabhängige und Kommunisten eine starke Minderheit in der Stadtverordnetenversammlung bilden und wo es noch in den letzten Tagen zu Übergriffen der Unabhängigen, beispielsweise die

gewaltsame Vorführung von Zeitungsredakteuren,

gekommen ist. In Remscheid wird auch noch stark mit terroristischen Mitteln gearbeitet. Die Arbeiter aller Betriebe werden beispielsweise gezwungen, einen vollen Tagesverdienst in die Kasse des „Roten Vollzugsrates" zu zahlen usw. Die Besorgnis, daß eine neue „Rote Armee" gebildet werden könnte, ist indessen ebenso unbegründet, wie die Gerüchte über plündernde, bewaffnete Banden falsch sind. Dagegen ist die Waffenabgabe zurzeit noch durchweg ungenügend. In Düsseldorf wurden bis zum 14. April etwa 1000 Gewehre und 6000 bis 7000 Karabiner abgeliefert, in Elberfeld bis Mitte April 1600 Gewehre, 7 Maschinengewehre und 800 Handgranaten, in Hagen 2000 Gewehre, in Barmen 1200 Gewehre, 34 Maschinengewehre sowie große Mengen Munition, in Remscheid bis zum 16. April 475 Gewehre, 12 Pistolen und 4 Maschinengewehre. Seitdem hat sich die Zahl der abgegebenen Waffen zwar vergrößert, doch steht sie noch hinter den zuverlässigen Schätzungen über die Gesamtzahl der ausgegebenen Waffen weit zurück. Auch die Durchsuchung nach Waffen durch Patrouillen der Ortswehren hat nur geringen Erfolg gehabt. Die Parteien sind sich darüber einig, daß

die heutigen Zustände unbefriedigend

sind und dringend eine Änderung eintreten muß. Nach den Berichten des parlamentarischen Ausschusses wird eine Sicherheit nur durch die schleunige Einrichtung einer starken staatlichen Sicherheitspolizei gewährleistet werden können. In Remscheid und Düsseldorf befinden sich die Ortswehren fast ausschließlich in den Händen der Unabhängigen und Kommunisten.

*

Völlig ungenügende Waffenabgabe.

Nach einer genauen Übersicht sind insgesamt im Ruhrgebiet bis zum 20. April folgende Waffen eingebracht worden: 29 300 Gewehre, 583 Karabiner, 450 Pistolen, 895 Seitengewehre, 14 Geschütze, 159 schwere und 115 leichte Maschinengewehre, 20 Minenwerfer, über 1700 Schuß Artillerie- und Minenwerfermunition und rund eine halbe Million Schuß Infanteriemunition sowie endlich rund 10 000 Handgranaten. Diese Waffenzahl, obwohl sie zweifellos nur einen Bruchteil derjenigen Waffen darstellt, die tatsächlich sich in den Händen der Roten Armee befunden haben, übersteigt bereits die Bewaffnung der Korps Lichtschlag und Schulz.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 29. April.

Die Kommission für Spaa.

Berlin. Zu den Verhandlungen mit der Entente in Spaa werden sich voraussichtlich dorthin begeben: Reichskanzler Müller, Außenminister Dr. Köster und Reichsfinanzminister Dr. Wirth.

Streik der Binnenschiffer.

Berlin. Die Binnenschiffer auf Elbe, Oder und den märkischen Wasserstraßen sind in den Streik getreten, wodurch die Lebensmittelversorgung Berlins stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Man befürchtet eine weitere Ausdehnung des Streiks in Norddeutschland.

Fortdauer des Interregnums in Schleswig.

Rendsburg. Die Internationale Kommission hat mitteilen lassen, daß ihre Tätigkeit in der zweiten Zone vor frühestens drei Monaten nicht beendigt sein würde. Die Abgabe der Staatshoheit an die in Betracht kommenden Staaten Deutschland und Dänemark auf Grund der Entscheidung des Obersten Rates in Paris kann demnach vor Juli nicht erwartet werden. Schleswig-Holstein wird also

mehr am 6. Juni, sondern wahrscheinlich erst Anfang November für den Reichstag wählen können.

280 Milliarden Kriegsentschädigung.

London. Wie die Blätter melden, betragen die Forderungen Englands an Deutschland 45 Milliarden, die der gesamten Entente 280 Milliarden Goldfrank. Die Blätter erklären, das sei Deutschlands Ruin, wenn die Entente keine politische Einsicht und Nachsicht zeige.

Neuer Kampf gegen Sowjetrußland.

Riga. Eine hiesige Zeitung berichtet, daß die weißen Russen gegenwärtig ein neues großangelegtes Unternehmen gegen die Bolschewisten vorbereiten. Das Blatt will aus Charbin erfahren haben, daß General Semenow in Ostsibirien mit der Bildung einer großen Armee beschäftigt sei, während die früheren Befehlshaber der Judenitsch-Armee in Westeuropa für diese Armee Truppen anwerben. So sei General Glasenapp in London, General Wladimirow in Paris und General Krasnow in Berlin tätig. Es sei die Absicht der Generale, ein Heer aus deutschen Söldnern aufzustellen, das unter dem russischen Oberbefehlshaber Glasenapp stehen würde. Die erforderlichen Mittel hoffe man in England und Frankreich zu erhalten.

Amerika und Deutschland.

Washington. Senat und Repräsentantenhaus sprachen sich für die Wiedereinführung der vor dem Kriege mit Deutschland giltigen Handelsverträge aus. Auch verlangen die Handelskammern in Amerika die sofortige Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland.

Deutsche Nationalversammlung.

(173. Sitzung.) *CB.* **Berlin, 28. April.**

Das Haus erteilte die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten **Maretzky** (Deutschnat. Vp.), wie es der Geschäftsausschuß vorschlug. Hierauf folgte der Bericht über die Einsprüche des welfischen Abgeordneten **Colshorn** wegen seiner Verhaftung, der Deutschnationalen Volkspartei gegen die versuchte Verhaftung des Abgeordneten **Schiele**. Der Ausschuß sprach das Bedauern über diese Vorkommnisse aus und fordert die Bestrafung der Schuldigen. Nachdem Minister **Koch** entsprechende Schritte zugesagt hat, wird der Beschluß des Ausschusses angenommen.

Der Fall Braß

kommt nunmehr zur Behandlung. Der Unabhängige Braß wird des Landesverrats beschuldigt, da er in Koblenz den Ententevertretern unrichtige Angaben über die Zahl der deutschen Truppen im Ruhrgebiet gemacht haben soll. Der Geschäftsordnungsausschuß hat erneut beschlossen, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Braß **nicht** zu erteilen. Abg. **Warmuth** (Deutschnat. Vp.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Eingegangen ist ein Antrag **Burlage** (Ztr.), die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen.

Abg. **Brodauf** (Dem.) führt aus, man dürfe in solchen Fragen nicht schematisch verfahren, sondern müsse von Fall zu Fall prüfen. Bei Hochverrat und Landesverrat-Anschuldigungen sei das allgemeine Interesse maßgebend. Der Redner betonte, der angeschuldigte Abgeordnete müßte selbst das höchste Interesse daran haben, die Sache klar zu stellen. Die Schuldfrage habe das Parlament nicht zu prüfen, sondern nur, ob das vorgelegte Material für Einleitung einer Untersuchung ausreicht. Diese Frage bejaht Redner angesichts der vorliegenden Veröffentlichungen in der Angelegenheit.

Es entspinnt sich noch eine längere Auseinandersetzung, an der sich die Abgg. **Graf Dohna** (Dtsch. Vp.), **Eichhorn** (U. Soz.), **Warmuth** (Deutschnat. Vp.), **Burlage** (Zentr.), **Gothein** (Dem.) und **Schulz-Bromberg** (Deutschnat. Vp.) beteiligten, dann wurde zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag Brodauf, wonach auch bei Genehmigung der Strafverfolgung für die Verhaftung eines Abgeordneten eine besondere Genehmigung nachgesucht werden muß, wurde mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Demokraten **angenommen**. Abgelehnt wurden die Anträge des Abg. **Eichhorn** auf Zurückweisung und Vorlegung weiteren Materials durch den Oberreichsanwalt.

Bei der Abstimmung über den Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung blieb es zweifelhaft, wo die Mehrheit sei. Es kam zur Abzählung des Hauses, und diese ergab, daß 99 Abgeordnete für, 93 gegen den Antrag waren. **Das Haus war demnach beschlußunfähig**, und die Sitzung mußte abgebrochen werden. Eine neue Sitzung wurde für einige Zeit später anberaumt.

o

Beamten-Besoldungsgesetz.

(174. Sitzung.) *CB.* **Berlin, 28. April.**

Die zweite Sitzung des Tages, die ebenfalls schwach besucht war, begann mit der zweiten Lesung des **Besoldungsgesetzes**. Ausschuß und Unterausschuß haben an der Regierungsvorlage grundlegende Änderungen vorgenommen. Die **Soldaten** werden in allen Punkten den Beamten **gleichgestellt** und nach den Vorschriften des Besoldungsgesetzes **behandelt**. Die betreffende Zulage der ersten fünf Besoldungsklassen der Eisenbahnbeamten im Außendienst wird einheitlich auf 400 Mark jährlich festgesetzt. In Ausnahmefällen können allen Beamten Vergütungen für Nebenämter und Nebenbeschäftigungen gewährt werden, während sonst Zulagen nur im Rahmen des Etats bewilligt werden dürfen. Bei der Regelung der Dienstwohnungsfragen ist die Mitwirkung der örtlichen Beamtenvertretungen bewilligt worden. Der Kinderzuschuß ist für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf monatlich 40 Mark, bis zum vollendeten 14. Lebensjahre auf monatlich 50 Mark und bis zum vollendeten 21. Lebensjahre auf monatlich 60 Mark festgesetzt. Er wird jedoch für Kinder vom 14. bis 21. Lebensjahre nur gewährt, wenn diese eigenes steuerpflichtiges Einkommen nicht haben. Weiter hat der Ausschuß die Staffel der aufsteigenden Gehälter durchwegs erhöht.

*

Vertagung vom 29. April bis 19. Mai.

Nach einem Beschluß des Ältestenausschusses wird die Nationalversammlung Donnerstag ihre Beratungen beendigen, jedoch am Mittwoch, dem 19. Mai, nochmals zusammentreten, um die dann vorliegenden dringenden Gesetzentwürfe zu erledigen. Vermutlich werden diese Beratungen bis Freitag, dem 21. Mai, abgeschlossen sein. Der Volkswirtschaftsausschuß ist genötigt, noch eine Reihe von Verordnungen durchzuberaten, und wird deshalb bereits am 17. Mai von neuem seine Beratungen wieder aufnehmen.

Die Unabhängigen gegen den Ältestenrat.

Präs. Fehrenbach erklärte: Der Ältestenrat hat vereinbart, daß niemand zu der Vorlage sprechen sollte. Abg. Frau Zietz (U. Soz.) erklärte dagegen: Wir widersprechen. Wir wollen unseren Antrag begründen. Präsident Fehrenbach erklärte dazu unter großer Unruhe des Hauses: Bindende Kraft haben die Vereinbarungen des Ältestenrates natürlich nicht. Bisher aber haben sich alle Parteien stets danach gerichtet. Der Abg. Allekotte (Zentr.) betonte, wie rührig die Beamtenvertretungen sich bemüht hätten, die Mitglieder des Unterausschusses und des Ausschusses zu Beschlüssen zu bewegen, die von den betreffenden Beamten gewünscht waren. Alsdann sprach die Abg. Frau Zietz (U. Soz.), um Anträge ihrer Partei zu begründen. Sie tat das sehr ausführlich.

Damit schloß die Aussprache und die Ausschußanträge wurden unter Ablehnung der meisten Abänderungsanträge aufrechterhalten. In der unmittelbar folgenden dritten Lesung wurde das Gesetz dann endgültig verabschiedet. Nach der dritten Lesung der Besoldungsvorlage wurden die übrigen Punkte der reichhaltigen Tagesordnung erledigt.

Preußische Landesversammlung.

(140. Sitzung.) *tt.* **Berlin, 28. April.**

Zu Beginn der Sitzung machte der Präsident dem Hause die Mitteilung, daß der Abg. **Kardorff**, bisher Deutschnationale Volkspartei, jetzt Deutsche Volkspartei, sein Mandat niedergelegt habe. Der Grund ist in dem Fraktionswechsel Kardorffs zu suchen. Dann wird die Beratung über die

preußische Verfassung

fortgesetzt. Abg. Dr. **Preuß** (Dem): Der neue Minister des Innern hat die Verfassung als Erbschaft bezeichnet und dabei nicht den Eindruck des lachenden Erben gemacht. Gewisse Abwandlungen des Entwurfs sind allerdings unvermeidlich. Die Wendung, ich habe ja nur ein Amt und keine Meinung, hätte der Minister sich lieber schenken sollen. Niemand hat mehr die Pflicht zu einer eigenen Meinung, als gerade der Minister. Er soll nicht die Meinung seines Ministeriums vertreten, sondern seine Meinung gegenüber dem Amt durchsetzen. Während die Rechte sich bei der Kritik Zurückhaltung auferlegte, hat der Vertreter der Unabhängigen die Revolution verherrlicht, aber sie auch gleichzeitig verletzt. Die Unabhängigen vergessen immer wieder, daß Deutschland zwar nicht ohne die Arbeiterschaft auskommen kann, daß die Arbeiterschaft aber auch mit Deutschland zugrunde gehen würde.

Der Einheitsgedanke

darf nicht in dieser Weise betont werden, wie es geschehen ist. Die Aufgabe unserer Zukunft ist die Reichseinheit auf Grund der Verfassung. Diese Verfassung muß mit warmem Leben erfüllt werden. Auch der Zusammenhang Preußens selbst kann durch die Betonung zentralistischer Gedanken nur geschädigt und niemals gefördert werden. Es darf nicht die Doppelfrage entstehen: Preußen oder Deutschland, Preußen oder seine Landschaften. Wir können diese Fragestellung nur vermeiden, wenn wir Preußen eine zentralisierende Verwaltung geben unter Berücksichtigung aller von unten kommenden Sonderwünsche. (Lebhafter Beifall.)

Regierung und Landwirtschaft.

Aufruf des Reichsernährungsministers.

Der Reichsernährungsminister Dr. Hermes wendet sich in einem Aufruf an die Landwirtschaft, in dem er auf den Ernst der Lage hinweist und sagt:

Die Reichsregierung weiß, daß die Landwirtschaft unter den Kriegswirkungen schwer gelitten hat und unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch schwer leidet. Sie wird daher alles daran setzen, diese Verhältnisse für die Landwirtschaft zu bessern. Sie ist gewillt, der Landwirtschaft nach Kräften zu helfen und sie vornehmlich bei der Beschaffung und Zuführung der nötigen Betriebsmittel zu unterstützen. So wird die Einfuhr von Rohphosphaten und Futtermitteln mit Nachdruck gefördert werden. Die Einfuhr von 1 Million Tonnen Mais zur Schweinemast ist gesichert. Größere Einfuhren von Ölkuchen und anderen Futtermitteln sind für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Die Stickstoffdüngererzeugung soll auf die irgend erreichbare Höhe gebracht werden. Entsprechende Maßnahmen sind bereits in die Wege geleitet. Die Regelung des Arbeitsverhältnisses und die Erhaltung des Arbeitsfriedens auf dem Lande betrachtet die Reichsregierung als eine ihrer bedeutungsvollsten Aufgaben im Interesse der Landwirtschaft. Ebenso wendet sie der Beschaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitern zur Sicherung des Hackfruchtanbaues und zur Bergung der Hackfruchternte ihre vollste Aufmerksamkeit zu. Um ferner dem Landwirt die Gewähr dafür zu geben, daß in den Höchstpreisen für die an die öffentliche Hand abzugebenden Erzeugnissen auch die dauernd steigenden Kosten der Produktionsmittel berücksichtigt werden, sind zunächst für Getreide, Kartoffeln und Ölfrüchte Mindestpreise festgesetzt worden. Diese Mindestpreise fußen auf den Produktionsunkosten des Monats Januar 1920. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist eine Indexkommission, bestehend aus hervorragenden Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucherschaft, in Bildung begriffen, die ihre Tätigkeit noch im Laufe dieses Monats aufnehmen wird. Diese Indexkommission wird die Steigerung der Produktionsunkosten, die seit dem Monat Januar 1920 eingetreten ist, feststellen und die Zuschläge vorschlagen, die bei der Feststellung der endgültigen Höchstpreise den bekannt gegebenen Mindestpreisen hinzugefügt werden sollen.

Die Reichsregierung — so schließt der Aufruf — glaubt auf der anderen Seite auch von der deutschen Landwirtschaft erwarten zu können, daß sie die Ernährung des deutschen Volkes, insbesondere in den kommenden schweren Monaten, nach bestem Können fördern wird. Die Auslieferung von Getreide und Kartoffeln erfolgt vielfach nur sehr stockend. Soll die Ernährung in der nächsten Zeit nicht ernstlich gefährdet werden, so müssen die auf dem Lande noch vorhandenen Bestände mit Beschleunigung den Bedarfsstellen zugeführt werden. Die Milchlieferungen müssen steigen, wenn die Säuglingssterblichkeit mit Erfolg bekämpft werden soll. Trotz erheblicher Einfuhren kann die Bevölkerung in den nächsten Monaten nicht durchgehalten werden, wenn die Landwirtschaft nicht aus allen Teilen des Reiches ihre Pflicht erfüllt.

Stimmen der neuen Minister.

Zwei Minister des neuen Kabinetts Hermann Müller haben sich über die gegenwärtige Lage und ihre Ziele ausgesprochen. Es sind dies der neue Ernährungsminister Dr. Hermes und der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth.

Der Ernährungsminister hat mit erfreulicher Deutlichkeit den Grundsatz ausgesprochen, daß die Ernährungsfrage weniger eine Verteilungs- als eine Erzeugungsfrage sei. Das bedeutet: Wir müssen zunächst mehr Brotgetreide hervorbringen und mehr Vieh aufziehen als bisher; dann wird eben mehr vorhanden sein und mehr verteilt werden können.

Der neue Finanzminister Dr. Wirth tritt das Erbe eines der geschäftigsten deutschen Staatsmänner, des früheren Ministers Erzberger, an. Er findet große Aktenschränke voll Steuergesetzen vor, von denen manche gut, andere geradezu schlecht sind. Dr. Wirth beweist seinem Vorgänger eine gewisse Achtung, indem er die Aufzählung dessen vermeidet, was am Erzbergerschen Werke zu bessern und zu ändern ist. Er stellt aber in den Vordergrund seiner Tätigkeit eine Lösung, die wir bei dem Erzbergerschen Walten leider vermissen mußten, nämlich die enge Verknüpfung des Finanzwesens mit der wirtschaftlichen Arbeit des deutschen Volkes. Sehr richtig bemerkt der neue Finanzminister, daß sich die Grundlage der Bedarfsberechnung seit Sommer 1919 stark verschoben habe. Viele Quellen, aus denen Herr Erzberger schöpfen wollte, sind versiegt; andere Quellen sind zutage getreten und können gefaßt und ausgenutzt werden. Dr. Wirth ist auf dem richtigen Wege, wenn er bei Beginn seiner Amtstätigkeit sich mit seinem Kollegen vom Reichswirtschaftsministerium, Herrn Robert Schmidt, eingehend darüber unterhalten will, wie beide Männer gemeinsam die bestehende Not mildern und eine neue bessere Ordnung herstellen können.

Die Nebenregierung der Gewerkschaften.

Im politischen Leben unserer Tage bewahrheitet sich der alte Satz: „Es ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.“ Die deutschen Gewerkschaften haben sich an der Verhängung des Generalstreiks beteiligt und damit in das Gebiet der Politik übergegriffen. Sie haben dann später in den vielgenannten acht Punkten der sich bildenden neuen Regierung politische Bedingungen gestellt und haben neuerdings zusammen mit den sozialdemokratischen Parteien fünf Forderungen gestellt und durchgesetzt, die sich auf Zurückziehen des Militärs aus dem Ruhrgebiet und die republikanische Neuordnung der deutschen Reichswehr beziehen.

Man kann die neuerlichen Forderungen der Gewerkschaften inhaltlich als berechtigt anerkennen und muß doch zugeben: Hier wird grundsätzlich Fehler über Fehler begangen. Die Gewerkschaften wollen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten. Sie haben sich immer und mit Recht dagegen gewehrt, daß sie als politische Partei angesehen werden, und jetzt sind sie mit fliegenden Fahnen in das Gebiet der Politik übergegangen! — Es ist nicht anzunehmen, daß den vielerfahrenen und klugen Leitern der Gewerkschaften nicht auch Bedenken gegen diese Schwenkung aufgetaucht sind. Sie müssen wissen, daß ihr hohes Ziel, die Wirtschaftspolitik vom parteipolitischen Kuhhandel zu befreien, auf absehbare Zeit unerreichbar geworden ist. Sie haben sich ja selbst als Vertreter wirtschaftlicher Interessen in die Politik eingemischt und damit das Recht verloren, sich über Einmischung der politischen Parteien in wirtschaftliche Fragen zu beschweren. Die Gewerkschaften haben geradezu eine Nebenregierung in Deutschland errichtet, eine verfassungswidrige, unverantwortliche Stelle, von der aus in die Politik hineingepfuscht wird.

Natürlich hat dies Verhalten der Gewerkschaften seinen Grund. Dieser Grund heißt: Angst. Die Gewerkschaften fürchten, Mitglieder zu verlieren, wenn sie es nicht den allerradikalsten Kreisen gleichtun. Viele von den Männern, welche jetzt glauben, weitgehenden Wünschen nachgeben zu müssen, sind sich vermutlich nicht klar darüber, was die Errichtung einer Nebenregierung zu bedeuten hat. Es ist eine zwar in friedlicher Weise durchgeführte, aber darum um nichts weniger bedenkliche Nichtachtung der Verfassung, welche die Führung der Politik allein den gewählten Vertretern des deutschen Volkes überträgt.

Die Arbeit der russischen Bolschewisten im Ruhrgebiet.

Gegenüber den Behauptungen der linksstehenden Blätter, die „Militaristen“ benutzten den „Kampf gegen den Bolschewismus“ nur als Aushängeschild für ihre „reaktionären“ Bestrebungen, sei darauf hingewiesen, daß bereits im Juli 1919 in Rußland erscheinende Blätter über die Tätigkeit der russischen Bolschewisten im Ruhrgebiet zu berichten wußten. In dem Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das gleichzeitig in russischer, deutscher, französischer und englischer Sprache erscheint, schrieb der deutsche nach Rußland geflüchtete Kommunist Hans Kennet in einem „Die Entwicklung der deutschen Revolution“ betitelten Aufsatze u. a.:

„Ein außerordentlich wichtiges Kapitel in der Geschichte der deutschen Revolution ist die Bewegung in dem industriellen Ruhrgebiet, als dem Sitze des zahlenmäßig stärksten und am meisten klassenbewußten Proletariats. Unter Führung des Genossen Karski sind dort fortwährend Streiks im Gange, teilweise wirtschaftlicher, hauptsächlich aber politischer Natur, ohne daß die Regierung imstande wäre, ihnen anders als mit schönen Worten und Lebensmittellieferungen beizukommen, da die Arbeiter im Fall eines gewaltsamen Einrückens der Truppen mit sofortiger Sabotage der unersetzlichen Maschinen und Betriebe drohen.“

Der von den bayerischen Kommunisten erwähnte „Genosse Karski“ heißt auch Markewski und ist ein bekannter russischer Bolschewist und Mitglied des russischen Zentral-Exekutiv-Komitees. Der Aufsatz des Kommunisten Kennet ist in der Nr. 3 der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ erschienen. Die Zeitschrift wird in Petersburg gedruckt. Hauptschriftleiter ist der Vorsitzende der Nordkommission, Esau Radomyslski, der unter dem Namen Grigorij Sinowjew in den Listen der bolschewistischen Kommissare geführt wird.

Dem Glücklichen schlägt keine Stunde.

Dieses alte Sprichwort, das früher viel Wahres enthalten hat, hat heute gänzlich seine Bedeutung verloren. Vor allem in dem kommunistischen Paradiese Rußland.

Den Sowjet-Republikanern ist es heute tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes nicht leicht gemacht, festzustellen, „was eigentlich die Uhr geschlagen hat“, denn die Stadtuhren werden nicht mehr in Ordnung gehalten und haben aus dem Grunde in den meisten Fällen „den Betrieb eingestellt“. Wie die „Krasnaja Gazeta“, ein bolschewistisches Blatt, schreibt, ist die Bevölkerung heute in Sowjetrußland auf die Arbeit der Sonne als Zeitverkünder angewiesen. Wie dieses Blatt dann weiter mit Bedauern bemerkt, scheint aber während des Winters die Sonne in Petersburg nur sehr selten.

Und so schlägt eben den Petersburgern — und in den anderen Städten ist es nicht anders — heute keine Stunde mehr. Wie es dabei mit dem Glück bestellt ist, ist eine andere Frage.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Abschiedskundgebung des Generals von Watter.** General von Watter in Münster i. W. verabschiedet sich in einer Kundgebung an die Behörden und die Bevölkerung seines bisherigen Wirkungskreises. Er sagt darin, er habe sich zu seinem Schritte gezwungen gesehen, weil er auf dem ihm neuerdings aufgezwungenen Wege das erstrebte Ziel, Ruhe und Ordnung in dem ihm unterstehenden Gebiete herzustellen, nicht erreichen konnte, und er dankt für das ihm von den Behörden und der Bevölkerung entgegengebrachte Vertrauen.

✚ **Die Ablehnung der Arbeitsruhe am 1. Mai in der Nationalversammlung** erfolgte gleichzeitig mit der Verwerfung des Antrages auf Gehaltszahlung an Arbeiter und Angestellte für die Tage des Generalstreiks. Für die Anträge stimmten nur die beiden sozialistischen Parteien, alle anderen dagegen. Der **Notetat** wurde in der Gesamtabstimmung gegen die Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen.

✚ **Putschabsichten in Halle.** Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist es bekannt, daß bei Halle Bestrebungen gegen die Sicherheit des Staates im Gange sind. Die zuständige Stelle ist der festen Überzeugung, daß die getroffenen Maßnahmen zur Vereitelung dieser Bestrebungen vollständig ausreichen.

✚ **Das Heiratsproblem der bayerischen Lehrerinnen.** Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat mit Stimmengleichheit einen Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, der von der bayerischen Regierung verlangt, die

Frage des Rechts der bayerischen Lehrerinnen auf Verheiratung dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches zu unterbreiten.

Frankreich.

△ **Restlose Aufteilung der Türkei.** Die Alliierten haben sich über die internationale Sphäre in der Türkei geeinigt. Frankreich, England und Italien werden in der ganzen Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht einander gleichstehen. Aber Italien wird das Recht zuerkannt, das große Gebiet zwischen dem Golf von Edremid und Konia ausschließlich für sich wirtschaftlich auszubeuten. Der Golf von Edremid liegt südlich von den Dardanellen bei der Insel Mytilene. Nach der obigen Meldung würde die italienische Zone also das ganze südwestliche Kleinasien umfassen. Überdies wird Italien in der als „internationale Sphäre" geltenden übrigen Türkei die gleichen Rechte genießen wie Frankreich und England.

Serbien.

△ **Blutige Straßenkämpfe in Belgrad.** In Laibach und Belgrad ist es zu blutigen Straßenkämpfen gekommen. In Laibach wurde eine Kommunistenversammlung, die den Generalstreik verkünden wollte, von der Polizei angegriffen. Ein Priester hatte von einem Fenster aus auf die Menge geschossen, worauf diese ihn lynchen wollte. Bei der Verteidigung des Priesters durch die Polizei wurden achtzehn Personen getötet und 70 verletzt. In Belgrad schossen die Truppen mit Maschinengewehren auf die Menge. Besonders blutig war der Kampf vor dem Hotel „Moskau". Es gab hier etwa 100 Tote.

Italien.

△ **Fiume blockiert.** Nach einem Telegramm aus Triest hat sich zwischen General Caviglia und d'Annunzio ein neuer Zwischenfall ereignet. Einige Abgesandte von Fiume belegten 46 Pferde mit Beschlag, die den regulären Truppen des Generals Caviglia gehörten, welche die Demarkationslinie besetzt halten. Der General forderte Zurückerstattung der Pferde. Da der Forderung nicht entsprochen wurde, ordnete der General die Unterbrechung der Eisenbahnlinien an, so daß Fiume zu Wasser und zu Lande blockiert ist.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsfinanzminister hat das Zoll-Aufgeld für Mai unverändert auf 900 % festgesetzt.

Zeitz. Zum zweiten Bürgermeister von Zeitz wurde der Mehrheitssozialist Schröter-Sigmar gewählt, jedoch von der Regierung nicht bestätigt.

Kopenhagen. Der König wird in Übereinstimmung mit dem gegenwärtigen Ministerium mit den Parteiführern in Verbindung treten, um die schleunige Bildung eines parlamentarischen Ministeriums vorzubereiten.

Rotterdam. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" haben die alliierten Truppen in Konstantinopel den vormaligen Großwesir Marschall Izzet und den Vizepräsidenten des Senats, General Ali Riza, gefangen genommen.

Newyork. Die Militärbehörden von Sonora in Mexiko geben bekannt, daß die Streitkräfte der Aufständischen die Hafenstadt Manzanilla (Colima) genommen haben. Ein in Los Angeles eingetroffener Dampfer berichtet, daß auch Guaymas von den Sonoraleuten besetzt sei.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 30. April.

Sonnenaufgang	4^{38}	Mondaufgang	4^{01} N.
Sonnenuntergang	7^{22}	Monduntergang	3^{18} V.

1835 Maler Franz Defregger geb. — 1895 Gustav Freytag gest. — 1908 Dichter Emil Prinz von Schönaich-Carolath gest. — 1913 Germanist Erich Schmidt gest. — 1916 Kritiker und Literarhistoriker Paul Schlenther gest.

□ **Himmelserscheinungen im Mai.** Die Tageslänge nimmt im Laufe des Monats weiterhin beträchtlich zu; sie beträgt am 1. d. Mts. 14 Stunden 46 Min., am 11. d. Mts. 15 Stunden 25 Min., am 21. 15 Stunden 56 Min. und am 31. Mai 16 Stunden 22 Min. Die Auf- und Untergangszeiten der Sonne sind nach mitteleuropäischer Zeit am 1. Mai 4 Uhr 31 Min. und 7 Uhr 24 Min., am 11. 4 Uhr 13 Min. und 7 Uhr 40 Min., am 21. 3 Uhr 58 Min. und 7 Uhr 56 Min., am 31. 3 Uhr 46 Min. und 8 Uhr 9 Min. Am 18. Mai findet eine teilweise Sonnenfinsternis statt, die jedoch nur in Australien und auf dem Indischen Ozean sichtbar ist. — Der Mond ist zu Beginn des Monats als nahezu volle Scheibe zu sehen. Wir haben am 3. morgens 3 Uhr Vollmond, am 11. morgens 7 Uhr letztes Viertel, am 18. morgens 7 Uhr Neumond und am 24. Mai 10 Uhr abends erstes Viertel. In den Morgenstunden des 3. Mai ereignet sich eine totale Mondfinsternis, die in Europa, im südwestlichen Asien, dem Indischen Ozean, Afrika, dem Atlantischen Ozean, im größten Teile von Nordamerika, in Südamerika und im östlichen Teile des Stillen Ozeans zu beobachten sein wird. Die totale Finsternis dauert von 2 Uhr 15 Min. bis 3 Uhr 27 Min., während die teilweise Finsternis um 1 Uhr 1 Min. beginnt und um 4 Uhr 41 Min. aufhört. — Von den Planeten bleiben der Merkur und die Venus im Mai unsichtbar. Die Sichtbarkeitsdauer des Mars nimmt von 6½ bis auf 4 Stunden ab. Jupiter ist zunächst noch 5½ Stunden, am Ende des Monats etwa 2½ Stunden zu beobachten. Saturn ist die ganze Nacht hindurch zu sehen.

Warmbrunn.

* **Schüler-Konzert.** Der Ruf, den Herr Konzertmeister Müller-Wendisch-Hirschberg als hervorragender Musikpädagoge genießt, wurde uns Warmbrunnern vollauf durch das Schüler-Konzert gerechtfertigt, das am Montag in der Galerie stattfand. Leider hatten wohl viele auf dem Standpunkt gestanden, daß ein Schüler-Konzert keine wirklichen musikalischen Genüsse bietet. Das Montag-Programm bewies das Gegenteil. Die Vortragsfolge war nach Können und Leistungen der Schüler gestaffelt und begann mit den jüngsten Schülern. Bach's Meditation über das 1. Prelude eröffnete den ersten Teil, gespielt von 5 Geigen (Hermann, Wohnsdorf, Weidner, Werner, Murmann) und Klavierbegleitung die von der siebenjährigen Inge Mueller-Wendisch mit einer Sicherheit und Sauberkeit ausgeführt wurde, die allgemeines Staunen erregte. Lore Mueller-Wendisch, ihre etwas ältere Schwester zeigte in der „Air varié" von Dancla, daß sie auf der Geige die gleichen hervorragenden musikalischen Anlagen besitzt wie ihr Schwesterlein. Die Kleine beherrscht mit ihren Fingerchen ihr Instrument sauber bis zur dritten Lage. Gute Begabung verriet auch der jugendliche Ernst Wohnsdorf im Rondo aus der Haydn'schen G-dur Sonate. Das Engel-Terzett von Mendelsohn erfreute durch saubere Wiedergabe jedes Einzelnen, die zu einwandfreier Klangwirkung führte und von guter und gewissenhafter Schule zeugte. Gounods Faust-Fantasie beschloß den ersten Teil des Programms. Frl. Alice Puppe, die die Fantasie als Violin-Solo brachte (am Flügel Herr Mueller-Wendisch) ist eine der wenigen Auserlesenen in der Damenwelt, die wirklich gut geigt. Sie besitzt völlige Lagensicherheit, eine ebenso gute Bogen- als Fingertechnik und — versteht ihrem Instrument den Ton zu geben, der das Geigen erst zum Genuß macht. Daneben verfügt Frl. Puppe über einen kräftigen Ton und weiß sehr wohl einen Unterschied zwischen forte und piano zu machen. Kurz, sie geigt, wie Damen sonst eben nicht zu geigen pflegen, die in den meisten Fällen ohne Ansehen der Art ihres Stückes den Eindruck hervorrufen, als wenn sie Blutarmut und Bleichsucht in Tönen wiedergeben wollen. Der langanhaltende, kräftige Beifall war für Frl. Puppe ein verdientes Kompliment. — Der zweite Teil begann mit einer Sinfonie concertante von Dancla für 2 Violinen. (Am Flügel Hellmuth Pohl.) Die beiden Geiger — Wehrsig und Guido Pohl — legten Zeugnis von erheblichem Können ab, das schon heute weit über den Durchschnitts-Dilettantismus hinausgeht. Frl Hilse spielte sicher und mit gutem Anschlag ein Schubert'sches Impromptu in As-moll. Eine ausgezeichnete Leistung bot Herr Prodehl-Zittau in zwei Sätzen aus dem 9. Violin-Konzert von Beriot. Hier war namentlich eine lückenlose technische Schulung deutlich erkennbar. Mit Scharwenkas bekanntem Polnischen Tanz bot Herr Hellmuth Pohl am Flügel einen durch nichts getrübten Genuß, der von guter musikalischer Auffaßung zeugte, Anschlag, Fingertechnik und Pedalbehandlung sind bei Herrn Pohl gleich gut. Herr Leo von Pogrell brachte ein Arioso für Cello von Händel und besitzt die Fähigkeiten, seinen Zuhörern alle Vorzüge seines Instrumentes zu beweisen. Eine technisch recht schwierige Burleske für 3 Solo-Violinen von Hermann sicherte den Herren Malaka, Wehrsig und Pohl nach einwandfreier Wiedergabe einen vollen Erfolg. Herr Malaka brachte den 1. Satz aus einem Violinkonzert in D-moll von Spohr und damit eine lückenlose Leistung, die namentlich in bogentechnischer Hinsicht als erstklassig bezeichnet werden kann. Fräulein Maria Weise erwies sich am Flügel in Grieg „Aus dem Karneval" als ausgezeichnete Pianistin, die mit ihrem Instrumente eins ist. Haydn's Andante aus der G-dur-Sinfonie mit dem Paukenschlag für Klavier 4händig, Streichquartett und Pauken vereinte sämtliche Mitwirkenden zu einem gemeinsamen, wohlgelungenen Vortrag, in dem die kleine Inge Mueller-Wendisch sicher und selbstbewußt die Kesselpauken schlug, an die sie kaum mit der Nase heranreichte. Anhaltender, dankbarer Beifall lohnte Alle für ihre durchweg guten Leistungen, die teilweise schon das Künstlerische streiften. Herrn Mueller-Wendisch kann nach diesem öffentlichen Erfolge nur immer wieder bestätigt werden, daß er ein wirklich hervorragender Pädagoge ist. Die Wiederholung einer ähnlichen Veranstaltung wird hier sicher mit Freuden begrüßt werden und dann fraglos ein weit zahlreicheres Publikum haben als am Montag.

* **Schuhmacherinnung.** Die hiesige Schuhmacherinnung hielt am Montag, den 26. d. Mts. im „Schwarzen Roß" ihre Generalversammlung ab, welche vom Obermeister, Herrn Dreßler, um 2½ Uhr eröffnet wurde. Zunächst wurden die vom Regierungspräsidenten genehmigten Statuten der Zwangsinnung beraten. Dieselben wurden vom Obermeister zum Vortrag gebracht und nach gegenseitiger Aussprache der Mitglieder von der Versammlung angenommen. Zu der Beratung war als Vertreter der Aufsichtsbehörde Herr Kreissekretär Lademann anwesend. Anschließend fand Quartalssitzung statt. Der Obermeister gedachte zunächst mit ehrenden Worten der verstorbenen Mitglieder, der Herren Paul Hoppe-Hermsdorf und Julius Siegert-Warmbrunn. Die Versammlung ehrte das Andenken derselben in der üblichen Weise. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zur Lohnforderung der Gesellen, verlas der Obermeister ein Schreiben des Gesellenausschusses, worin der Anfang 1920 aufgestellte Lohntarif gekündigt wurde mit der Forderung von 50% Lohnerhöhung ab 26. April. Die Versammlung genehmigte nach Aussprache diese Forderung und zwar als Teuerungszulage. Da auch alle übrigen Bedarfsartikel für das tägliche Leben in der letzten Zeit rapide in die Höhe gegangen sind, sehen sich die Meister genötigt die Preise für Schuhwerk zu erhöhen, statt zu ermäßigen. Die im Publikum vielfach herrschende Meinung, daß das Leder billiger geworden sei, trifft nur auf Rohhäute zu. Ehe die Schuhmacher das Leder billiger haben werden, dürfte noch eine geraume Zeit vergehen. Augenblicklich wird für gutes Kernleder ohne Abfall für ein Pfund 100 Mk. und mehr gezahlt. Ein Gramm kommt also auf 20 Pfg., sodaß sich 200 bis 250 Gramm, die für das Besohlen von 1 Paar Schuhen notwendig sind, auf 40 bis 50 Mk. stellen. Hinzu kommen noch die Absatzflecke, Kleinmaterial und das festgesetzte Lohn, sowie ein mäßiger Verdienst für den Meister. Es ist also nicht schwer auszurechnen, was heute ein Paar Stiefelsohlen kostet. Der Obermeister gab dann noch bekannt, daß am 12. April 3 Lehrlinge geprüft wurden, die mit „Gut" bestanden. Ferner wurden den jüngeren Mitgliedern noch die Bestimmungen über die Meisterprüfungen bekannt gegeben. Auch wurde allen denen, welche Lehrlinge annehmen mitgeteilt, die Abschlüsse der Lehrverträge zu vertagen, da am 6. Mai die Handwerkskammer ihre Vollversammlung abhält, in der neue Bestimmungen über die Lehrlingsfragen getroffen werden. Nach Erledigung noch einiger Sachen wurde die gut besuchte Versammlung um 6 Uhr geschlossen.

* **Fahrrad-Diebstahl.** Ein Arbeiter lieh am 21. d. Mts. einer unbekannten Person sein Fahrrad, um für beide Arbeitsgelegenheit zu suchen. In 2 Stunden wollte er das Rad zurückbringen, hat es aber bis heute nicht zurück gebracht. Das Rad hatte eine neue Lenkstange, nach unten gebogen, die Mäntel waren geflickt, an den Pedalen war kein Gummi. Nachrichten über Verbleib des Rades an Gendarmerie-Wachtmeister Heinrich, hier.

* **Schlesischer Bund für Heimatspiele.** Die Ortsgruppe Warmbrunn-Herischdorf-Hermsdorf hatte für den 28. 4. in Hermsdorf im „Goldenen Stern" eine öffentliche Versammlung einberufen. Da der Aufruf dazu nicht zeitig genug erfolgt war, war der Besuch nur schwach. Herr Dr. Grundmann begrüßte die Erschienenen und entwickelte ihnen Zweck und Ziel des Bundes im Allgemeinen, worauf er über das von der Ortsgruppe geplante Kynast-Festspiel berichtete. Auch in Hermsdorf fand das Projekt volle Zustimmung. Ueber die Frage einer selbständig zu gründenden Ortsgruppe Hermsdorf wurde noch nichts beschlossen, da hierzu weitere interessierte Hermsdorfer Kreise Stellung nehmen sollen. 11 der Anwesenden meldeten inzwischen ihre Mitgliedschaft für die Warmbrunner Ortsgruppe an. Am Freitag, den 7. 5. soll eine zweite öffentliche Versammlung in Hermsdorf einberufen werden, von der weit besserer Besuch erwartet wird. Diese soll dann definitiv darüber entscheiden, ob die Hermsdorfer eine Ortsgruppe bilden wollen oder nicht. Auf alle Fälle wird auch auch Hermsdorf tätigen Anteil an dem Kynastspiel nehmen, mit dessen Einstudierung sofort nach Erscheinen des Werkes im Druck begonnen werden wird.

* **Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener.** Am 28. d. M. fand im Restaurant „Bismarck", Giersdorferstraße eine Versammlung hiesiger, ehemaliger Kriegsgefangener statt, in der die Schaffung einer Ortsgruppe innerhalb der Reichsvereinigung beschlossen wurde. Die Ortsgruppe umfaßt den Bezirk Warmbrunn-Herischdorf. Es traten der Ortsgruppe 42 Mitglieder bei. Die nächste Versammlung tagt am 12. Mai in demselben Lokal.

* **Am 1. Mai** wird der Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst wie an den allgemeinen Feiertagen abgehalten. Die Invaliden- und Unfallrenten werden am 1. Mai in der Zeit von 8—12 Uhr vorm. ausgezahlt.

* **Riesengebirgs-Verein.** Am 15. Mai veranstaltet die Ortsgruppe Warmbrunn des R.-G.-V. in sämtlichen Räumen der Galerie und dem davor liegenden Kurpark ein Frühlingsfest. Die im vollen Gange befindlichen Vorbereitungen lassen schon heute erkennen, daß es sich hier um eine Veranstaltung handelt, die etwas anderes sein will und sein wird als das, was man sonst hier vorgesetzt bekommt. Unter künstlerischen Gesichtspunkten ist das ganze Programm aufgebaut. Nicht eine endlose Reihe von Darbietungen fragwürdiger Qualität soll geboten werden, sondern eine Auslese guter Darbietungen mit guter Einstudierung. Volkstänze in streng stilgerechten Kostümen vergangener, besserer Zeiten, werden von fachkundiger Kraft einstudiert. Ein im Dialekt geschriebener schlesischer Bauernschwank „Der Schafer" von köstlichem, echtem Humor, wie er urwüchsiger und echter nicht gedacht werden kann, wird so besetzt, daß jede Figur wirken wird, als sei sie mitten aus dem Leben heraus gegriffen. Einzelvorträge, Lieder zur Laute usw. durchweg wirklichen Wertes sind bunt in das Programm hineingestreut. Ein Hans Sachs-Spiel, „Der fahrende Schüler" wird in seiner Drastik sicherlich nicht den Erfolg vermissen, den diese Moralgeschichten überall haben, wo sie gebracht werden. Die ganze Veranstaltung soll in einem, möglichst volkstümlichen Rahmen gehalten werden, sodaß wirkliche Stimmung aufkommt, die einige Stunden ungetrübten Vergessens der traurigen Zeiten schaffen sollen, in der wir heute leben. Daneben wird sicherlich jeder Teilnehmer an das Frühlingsfest des R.-G.-V. als an die Veranstaltung zurückdenken, die die schönste der ganzen Wintersaison war. Dafür bürgt die Tatsache, daß die Leitung des Ganzen in Händen von Leuten liegt, die über ebenso viel Fachkenntnis als guten Geschmack verfügen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische oder österreichische Kronen, schweizer und französische Frank und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	28. 4. Geld	28. 4. Brief	27. 4. Geld	27. 4. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland . . Gulden	2117,75	2122,50	2112,75	2117,25	170 Mk.
Dänemark . Kronen	994,—	996,—	994,—	996,—	112 „
Schweiz . . Frank	1038,75	1041,25	—	—	80 „
Amerika . . Dollar	58,63	58,95	58,15	58,35	4,40 „
England . Pfund	223,25	223,75	221,75	222,25	20,20 „
Frankreich . Frank	344,68	345,40	—	—	80 „
Italien . . Lire	249,75	250,25	249,75	250,25	80 „
Dt.-Österreich Kronen	28,47	28,53	28,47	28,53	85 „

Berliner Produktenverkehr. Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 28. April: Hafer für 1000 Kilogramm loko 3240—3300 ab Speicher frei Wagen, auf Abladung 3000—2940 Mark ab Station. Tendenz: Schärfer.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 330—375 Mark, gelbe und grüne Erbsen 200—280 Mark, Bohnen, weiße inländische —,— Mark, Peluschken 130—135 Mark, Pferdebohnen 130—135 Mark, Wicken 120—125 Mark, Lupinen 70—79 Mark, Seradelle 65—73 Mark, Wiesenheu, lose, 33—35 Mark, Stroh, drahtgepreßt 19—20 Mark, gebündelt 15—17 Mark, Trockenschnitzel 66—69 Mark, Patent Steffen 100—103 Mark.

✱ **Gesteigerte Kohlenförderung im Ruhrrevier.** Nachdem im Ruhrrevier ruhige Verhältnisse eingetreten sind, hat auch die Kohlenförderung und das Verfahren von Überschichten, wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, wieder merklich zugenommen. In den letzten Tagen betrug die tägliche Förderung annähernd 300 000 Tonnen. Sie hat somit die Ziffer wieder erreicht, die nach dem erweiterten Überschichtenabkommen unmittelbar vor dem Kapp-Putsch erreicht worden war.

✱ **Die badischen Bauern und die Zwangswirtschaft.** Der Badische Bauernbund hat den Vorständen der politischen Parteien in Baden ein Ultimatum übermittelt, das eine Reihe von Forderungen des Verbandes enthält, darunter die Abschaffung der Zwangswirtschaft. Am Anfang der Ernte 1920 die Aufhebung der Kriegsgesellschaften und Kriegsverordnungen und sofortige Freigabe von Schlacht- und Nutzvieh, von Tabak und Ölfrüchten, einen Straferlaß für sämtliche gegen die Zwangswirtschaftsverordnungen begangenen Vergehen und sofortige Anerkennung des Streikrechts der Bauern und schließlich die Bekämpfung aller auf Sozialisierung von Grund und Boden gerichteten Bestrebungen, gegen die Schaffung von Bauernland durch Heranziehung des Großgrundbesitzes aus Staats- und Herrschaftsbesitz. Erfolgt die Antwort nicht bis zum 2. Mai, so gelten die Forderungen als abgelehnt, und der Bauernverband wird selbständig vorgehen.

✱ **Preissturz in Häuten.** Die Umsätze der letzten Tage waren sehr gering; Käufer und Verkäufer nahmen eine abwartende Haltung ein. Unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, daß sich viel Ware angesammelt hat. Insbesondere gilt dies vom freien Verkehr; die sogenannte „Händlerware" mehrt sich von Tag zu Tag. Bisher zeigen die Abnehmer

wenig Neigung, diese Ware zu kaufen. Die Einwirkung auf die Preise ist stark. So sanken Rindviehhäute durchweg um mehr als ein Drittel, Kalbfelle um die Hälfte, Roßhäute um ein Drittel. Auf der Hamburger Versteigerung der Norddeutschen Häute-Verwertungs-Gesellschaft am Dienstag ergaben sich weitere Rückgänge, die gegen die schon gewichenen Erlöse der vorigen Hamburger Auktion etwa 65 % ausmachten. Damit sind die Preise unter die Weltmarktsnotierung gesunken. Bei der Dienstag-Häuteversteigerung in Düsseldorf gingen die Preise teilweise bis auf ungefähr ein Viertel der bei der Versteigerung am 8. März erzielten Preise zurück. Je nach Qualität kostete das Pfund Ochsen-, Kuh- und Rinderhäute 22,50 Mark gegen 86,60 Mark und Stierhäute 18,90 Mark gegen 88 Mark. Ferner wurden bei der Versteigerung von Gerbrinden in Kaufbeuren für den Zentner 12 Mark verlangt, aber nur 1 Mark geboten, weshalb die Versteigerung ergebnislos abgebrochen wurde.

✚ **Versicherungsgrenze bis 15 000 Mark!** In der Sitzung des Volkswirtschaftsausschusses der Nationalversammlung wurde die Verordnung über die Krankenversicherung mit der Änderung angenommen, daß die Grenze der Versicherungspflicht auf 15 000 Mark festgesetzt wurde. Die Nationalversammlung hatte bekanntlich die Grenze von 20 000 Mk. abgelehnt. Die neue Vorlage der Regierung hatte wiederum 12 000 Mk. vorgeschlagen.

✱ **Amerika übernimmt keine weiteren fremden Schulden.** Senator Lodge erklärte, daß die alliierten Diplomaten vorzögen, die Kriegsschulden der kriegführenden Mächte zusammenzulegen in der geheimen Erwartung, daß die Vereinigten Staaten die finanziellen Lasten zum Wiederaufbau Deutschlands auf sich nehmen würden. Senator Hitchcock erklärte im Namen der Regierung, daß diese Nachrichten falsch seien. Er fügte bei, daß die Vereinigten Staaten sich nicht weiter mit den Schulden anderer Nationen belasten können, so wenig, wie Senator Lodge die Schulden, die Senator Hitchcock haben könnte, auf seine eigene Rechnung übernehme.

Nah und Fern.

o **Beschränkte Aufnahme des Sonntagsverkehrs.** Soweit es die Betriebs- und Kohlenlage gestattet, wird zur Erleichterung für Reisen aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen vom 2. Mai ab der Personenzugverkehr an den Sonn- und Feiertagen in beschränktem Maße wieder aufgenommen werden. Es sollen vornehmlich Züge für den Nahverkehr und einige Fernpersonenzüge verkehren, durch die die Abhaltung von Wahlversammlungen, namentlich auch in den ländlichen Bezirken, erleichtert wird.

o **Der Schillerpreis,** der bisher alle sechs Jahre von der Deutschen Schillerstiftung in Weimar verliehen wurde, wird künftig vom Preußischen Staatsministerium verteilt werden. Die Preisrichter werden von Fall zu Fall vom Kultusminister ernannt.

o **Der deutsche Buchhandel organisiert sich.** Wie aus Leipzig gemeldet wird, bereitet sich eine im deutschen Buchhandel noch nicht dagewesene umfangreiche Kapitals-, Betriebs- und Personenvereinigung vor mit dem Zweck, Leipzigs Stellung als Mittelpunkt des gesamten Buchhandels zu festigen. Man will den gesamten Buchhandel in einen genossenschaftlichen Betrieb überleiten. Es soll eine Genossenschaft errichtet werden, die ein Kommissionsgeschäft größten Stils unter Übernahme der bisherigen Leipziger Kommissionsgeschäfte betreiben soll. Die Genossenschaft will danach streben, möglichst alle Firmen des Buchhandels zu Mitgliedern zu erhalten.

o **Millionendiebstähle.** Aus einem Berliner Konfektionshaus stahlen Einbrecher Seidenstoffe für eine Million Mark. Auf die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung von 10 % des Wertes bis zu 100 000 Mark ausgesetzt. — Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete eine Diebesbande, die gestohlene Filme im Werte von mehr als einer Million Mark verkaufen wollte.

o **Warnung vor dem musikalischen Berufsstudium.** Die Musikerorganisationen Münchens erlassen eine Warnung vor dem musikalischen Berufsstudium. Die wirtschaftliche Lage der Festangestellten, ganz besonders aber der freien Musiker wird als trostlos geschildert. Es soll in Deutschland noch nicht zwölf Komponisten geben, die von den Erträgnissen ihrer Schöpfungen leben können. Weitaus die meisten der konzertierenden Künstler müssen zusetzen, um ihren Beruf aufrechterhalten zu können. Die Kapellmeisterlaufbahn ist überfüllt, und die Lage der Orchestermitglieder gilt als wenig beneidenswert.

o **Ein Polizistenstreik in Bielefeld.** Die Polizeibeamten in Bielefeld sind in den Streik getreten, um gegen die Anstellung eines Polizeikommissars aus Frankfurt a. O. zu protestieren. Sie erblicken in der Berufung des Ortsfremden eine Günstlingswirtschaft und eine unangebrachte Zurücksetzung bewährter Ortskräfte.

o **Krawall an der Wiener Universität.** Ein schwerer Zusammenstoß zwischen der deutschnationalen und der jüdischnationalen Studentenschaft erfolgte an der Wiener Universität. Die deutschnationalen Studenten zogen mit Stöcken bewaffnet in die einzelnen Räume der Universität und veranlaßten alle Studenten, die nicht Deutsch-Arier sind, den akademischen Boden zu verlassen. Da sich einige jüdischnationale Studenten weigerten, die Universität zu verlassen, kam es zu Schlägereien, wobei es auf beiden Seiten Verletzungen gab. Die Universität wurde bis auf weiteres geschlossen.

e **Deutsche Tsingtaukämpfer auf Java.** Nach einer englischen Meldung sind 200 deutsche Kriegsgefangene aus Japan auf einem holländischen Dampfer auf Java angekommen und im Dienst der dortigen Zivil- und Polizeiverwaltung angestellt worden. Eine in Batavia erscheinende Zeitung berichtet, von den Deutschen hätten noch viele die weiße Uniform der deutschen Marinedivision in Kiautschou getragen. Ihre Überfahrt sei von der holländischen Regierung bezahlt worden.

o **Amundsens Nordpolfahrt aufgegeben.** Wie aus Washington gemeldet wird, hat das amerikanische Marineministerium ein drahtloses Telegramm aus Alaska erhalten, wonach Amundsen beabsichtigt, seinen Plan, den Nordpol zu erreichen, aufzugeben. Der Forscher befindet sich bereits auf der Rückreise und denkt Ende Juli in Rome in Alaska einzutreffen.

o **Kämpfe zwischen streikenden Eisenbahnern und polnischen Soldaten** entspannen sich in Posen. Einem Demonstrationszuge von Eisenbahnarbeitern stellte sich vor dem Schlosse polnisches Militär entgegen. Der Aufforderung an die Demonstranten, auseinanderzugehen, wurde nicht Folge geleistet. Das Militär feuerte, und es gab innerhalb kürzester Zeit sechs Tote, eine bedeutende Anzahl Schwer- und eine noch größere Anzahl Leichtverletzter. Infolge des Zusammenstoßes hat sich der Stadt große Erregung bemächtigt. Der gesamte Zugverkehr aus und nach der Stadt Posen ist eingestellt, da auch die Eisenbahnbeamten gezwungen wurden, sich dem Streik anzuschließen.

Herischdorf = Warmbrunn.

Schaffende Massen!

Am Weltkampftag, den 1. Mai,

findet im **Garten des Weißen Adler** nachmittags 3 Uhr eine

Versammlung

statt.

Proletarier sorgt für Massenbesuch.

Von abends 7½ Uhr **Tanzkränzchen** in den Sälen „Ernsts Gasthof" u. „Weißer Adler".

Der Ausschuß.

Sonntag, den 2. Mai, abends 8 Uhr, im im Saal des Kurhauses:

Vortrag

des Herrn Gouverneur a. D. Exzellenz Dr. Seitz

„Deutsch-Südwestafrika während des Krieges u. der englischen Besetzung".

Eintrittskarten im Vorverkauf in der Kunsthandlung von Max Leipelt zu 1,50 Mark und abends an der Kasse zu 2 Mk. Dauerkarten sind vorzuzeigen.

Abteilung Warmbrunn der deutschen Kolonialgesellschaft.

Das Zahnpulver Die Zahnpasta No. **23**

Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt PAUL BAHR.

Man verlange ausdrücklich No.

In allen Apotheken und Drogerien.

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft

Heimatliebende Mitbürger!

Tretet der Ortsgruppe des „Schlesischen Bundes für Heimatspiele" bei! Der Jahresbeitrag von 5 Mark ist heute für Jeden erschwinglich.

Die Ortsgruppe hat sich als erste Aufgabe die Aufführung des Kynastspiels „Kunigunde" gestellt. Sie will damit eine unserer bekanntesten Heimatssagen einer großen Oeffentlichkeit in all ihrer Schönheit vor Augen führen.

Setzt Euren Stolz daran, diese schöne und große Absicht verwirklichen zu helfen!

Verhelft dem Werk durch tätige Mitarbeit zu einem Ruf, der weit über die Grenzen Eurer Heimat hinausgeht!

Meldet Euch zur Teilnahme in Sprechrollen, Volks-Tänzen, oder Chören!

Zeichnet für den Garantiefonds, der zur Einstudierung des Werkes und zur Einleitung einer großzügigen Reklame erforderlich ist! Die gezeichneten Beträge werden zurückerstattet!

Anmeldungen, Anfragen usw. werden erbeten an den Geschäftsleiter der Ortsgruppe, Herrn Herbert Fleischer, Warmbrunn, Voigtsdorferstraße 2.

Grossen Erfolg

erzielt jeder Geschäftsmann, wenn er seine Waren dem Publikum in den stark verbreiteten und viel gelesenen

Nachrichten und Tageblatt und Herischdorfer Tageblatt

anzeigt. Inserate jeglicher Art haben daher die denkbar grösste Wirkung. Bitte machen Sie einen Versuch und Sie werden unserer Angabe Glauben schenken.

Visitenkarten liefert schnell und billig P. Fleischer Buchdr.

Warmbrunner Sportverein.

Monats-Versammlung

Sonnabend, den 1. Mai, abends pünktlich ½8 Uhr im Blockhause.

Der Vorstand.

1 neuer **Anzug** für große Figur preiswert zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Familiwaren

Muttersprizen, Frauentropfen sanitäre **Frauenartikel.** Heusinger, Dresden 662, Am See 37.

Rhabarber täglich frisch zu haben **Gottwald,** am Neumarkt 5.

Turn-Verein Warmbrunn.

Mittwoch, den 5. Mai 1920, abends 8 Uhr:

Außerordentliche **General-Versammlung** im „Damhirsch".

1. Satzungsänderung.
2. Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes, bzw. Bildung eines Verwaltungsausschusses.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zu verkaufen:

1 feldgraue Joppe 130 Mk., 1 brauner Damenmantel 150 Mk., 1 blaues Tuchkostüm 450 Mk.

Freitag nachmittag zwischen 2—4 Uhr.

Brucestraße 1. 2. Etage, rechts.

Zu verkaufen:

Schw. hohe Schnürschuhe (Größe 38) 200 M., schw. Tuchjackett (Größe 44) 100 M. (Beides fast neu.)

Hermsdorferstraße 47, Gartenhaus.

Wäsche wird bei guter Behandlung sauber **gewaschen.** Bleiche vorhanden.

Angebote unter Wäsche an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Suche für vorübergehende **Unterbringung von Möbeln** einen abschließbaren **Raum** gegen reichliche Vergütung.

Gefl. Angebote u. „Raum" an die Geschäftsstelle d. Ztg

Bettnässen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft gratis.

Versandhaus Wohlfahrt, München 335a Hiltensbregerstraße 6.